

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. Dezember 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Bergnügungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Säule, Verläufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 146

Der Weihnachtsfeierlage wegen erscheint Nr. 149 erst am 28. Dezember. Die für die Zeit vom 24. bis 28. Dezember bestimmten Bekanntmachungen, Inserate usw. müssen daher schon Donnerstag, den 21. Dezember, früh, in unsern Händen sein.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Wichtige Tagungen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände. — Neue Ziele; neue Wege, VI (Schluß).

Korrespondenzen: Berlin (N.), — Berlin (M.), — Bielefeld (M.), — Bochum. — Buer. — Hamburg (M.), — Magdeburg. — München. — Osnabrück. — Reichenbach i. B. — Trier.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Fallsche Entfristung und leistungserhöhung. — Die Metallkassenverleger gegen die Druckpreiserhöhung. — Vom Eisenbahnenüberfahren. — Föderlicher Unfall eines Druckereibesizers. — Schwere Explosion. — Sechsjähriges Buchdruckerjubiläum. — Die griechische Zeitungskolonie in Görlich. — Erhöhung der Zeitungspauschale. — Große Unterzeichnung von Zeitungsgeldern. — Verläufe für die Gewerkschaften und Meißlerprüfung von Kriegsbescheidungen. — Des Reichsanwalters Antwort zur Frage der Arbeitervertretung bei der Übergangswirtschaft. — Erklärte mit Graf Brindorff-Balochi ... — Weitere Vertiefung der Bielefelder.

Wichtige Tagungen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände

Zum Zweck eingehender Aufklärung über die durch das Zivildienstgesetz Platz greifenden großen Veränderungen im Berufsleben Deutschlands fand am 11. Dezember im „Gewerkschaftshaus“ zu Berlin eine Konferenz der Vertreter der freien Gewerkschaften statt. Waren am 20. und 21. November die Verbandsvorstände und die Redakteure der Gewerkschaftspressen zu einer Besprechung versammelt (siehe Bericht in „Korr.“ Nr. 139), so handelte es sich diesmal um einen bedeutend erweiterten Kreis, da von den Generalkommissionen angeschlossenen Organisationen Delegierte der Vorstände, die Redakteure sowie sämtliche Gau- bzw. Bezirksleiter (in manchen Organisationen werden die Gauvorsitzer so genannt) eingeladen waren.

Nach dem Referate des zweiten Vorsitzenden der Generalkommission, Bauer, über den vaterländischen Hilfsdienst, welcher sich über alle Einzelheiten verbreitete und den Anwesenden ein anschauliches Bild entrollte von dem, was auf dem Arbeitsgebiet an großen Umbildungen für die weitere Kriegszeit vor sich gehen wird, folgte eine eingehende Diskussion. In derselben herrschte Übereinstimmung darüber, was die Arbeiterkraft nach den neuen Erfordernissen gegenüber zu tun hat. Zum Schluß beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Befreiung der Ausschüsse und Schiedsinstanzen, die infolge des Zivildienstgesetzes in aller Kürze gebildet werden müssen.

Aber die am 12. Dezember folgende große Kundgebung sämtlicher Gewerkschaftsrichtungen und Angestelltenverbände, die zum Zweck der Stellungnahme zum Zivildienstgesetz veranstaltet war, können wir aus räumlichen Gründen erst in der nächsten Nummer ein Bild entwerfen, wie es einer solchen noch nicht dagewesenen Tagung zukommt. Wenn die Großtafel darüber auch berichtet hat — oftmals freilich kämmerlich, wofür wohl in erster Linie die bedeutungsvolle Reichstagung am gleichen Tag, in der die deutsche Regierung ihre und ihrer Verbündeten Friedensbereitschaft zu feierlichem Ausdruck brachte, als Entschuldigend dienen kann —, so muß doch auf unsere Leser in anderen Orten Rücksicht genommen werden. Sie haben Anspruch darauf, daß sie vom „Korr.“ näher unterrichtet werden, was in dieser historischen Tagung vor sich gegangen und welche Bedeutung ihr beizumessen ist.

Der Vorstand unserer Organisation benutzte die Gelegenheit der Anwesenheit der Hauptfunktionäre zu einer Besprechung zwischen der Verbandsvorstandung und den Gauvorsitzern, die am 13. Dezember stattfand. Wiederum waren einige neue Vertreter für noch einzuzuzogene Gauvorsitzer erschienen.

Der Verbandsvorsitzende kam einleitend auf die Steuerzulagenangelegenheit zu sprechen, berührte die Schwierigkeiten, die sich im Prinzipalslager ihr entgegenstellten, und gab der Enttäuschung Ausdruck, daß in Kollegenkreisen nicht immer mit der nötigen Festigkeit den Prinzipalen die Notwendigkeit klargemacht worden sei, angesichts der Not der Zeit mehr zu tun, als was die von der Prinzipalsführung festgelegten Richtlinien verlangen. Die minimalen Zugeständnisse hätten schon bedingt, daß etwas mehr Regsamkeit entfaltet worden wäre in den Orten und Druckereien, wo ungünstige Lohnverhältnisse vorherrschen. Wenn nichts zu erzielen, wäre das Verlassen der Scholle angebracht gewesen. Mit der Entfristung in Verammlungen sei es allein nicht getan. Die neue Bekanntmachung, die vom Tarifauschuss und dem Tarifamt ausgehe (siehe vorige Nummer des „Korr.“), räume nun mit den Mißständen auf, die in dieser Sache am meisten in die Erscheinung getreten seien. Der Begriff der Freiwilligkeit wäre jetzt beseitigt. Die obersten Tarifinstanzen hätten die Gewährung von Steuerzulagen als tarifliche Verpflichtung anerkannt; es könne also nicht mehr vom Belieben eines Prinzipals abhängen, ob er Steuerzulagen zahle oder nicht. Die Richtlinien seien auch ausdrücklich als Mindestsätze bezeichnet worden. Ebenfalls wäre nun klar ausgesprochen, daß Anrechnung von Überstunden und andern Aufschlägen unstatthaft ist; der tarifliche Grundlohn sei die Basis, nach dem sich die Steuerzulagen zu bemessen hätten. Angesichts des bedauerlich häufigen Widerstandes, der in dieser Beziehung aus Prinzipalskreisen wahrzunehmen gewesen ist, auch hinsichtlich der Bezahlung von der ersten Lohnwoche im Oktober ab, sei also ein unverkennbarer Fortschritt erzielt worden. Daß die Erhöhung der Druckpreise für die Prinzipale zur Pflicht gemacht wurde, müsse ebenso notwendig genannt werden wie die Verpflichtung zur Zahlung der Steuerzulagen.

Wenn auch in der Aussprache die Kundgebung an die Mitglieder der Tarifgemeinschaft vom 9. Dezember begrifflich und anerkannt wurde, daß das Tarifamt durch Herbeiführung der Zustimmung des Tarifauschusses zu diesem Schritt einen guten Weg eingeschlagen habe, so kam doch Bedauern mit zur Geltung, daß nicht gleichzeitig eine Erhöhung der Richtlinien stattfand; verschiedene Orte mit ungünstigen Lokalaufschläge hätten zu schlecht abgeduldet. Es sei zu erwarten, daß nunmehr in solchen Fällen mehr Entgegenkommen von den hierfür in Betracht kommenden Firmen gezeigt werde. Die Erhöhung der Druckpreise und der geschaffene Modus der Verpflichtung berechtigen dazu.

Die Einstellung von weiblichen Personen und andern Angelernten, worauf der Vorsitzende auch zu sprechen kam, war dann der Gegenstand einer umfangreichen Aussprache. Übereinstimmend ging die Meinung dahin, daß unter den jetzigen Verhältnissen bei jedem Gehilfenverständnis dafür herrschen müsse, daß der Kriegszustand hier eine Anpassung von jedem einzelnen notwendig mache. Wenn in andern Gewerben dies längt der Fall sei, könnte es nicht angehen, daß zum Teil direkt künstliche Anschauungen vertreten werden. Die Hauptsache sei, daß die Tarifämter vorgesehene Sicherungen auch von den Prinzipalen beachtet würden, in deren Interesse es durchaus liege, daß die Genehmigungspflicht besthe und hinsichtlich der Bezahlung an dem Grundsatze des gleichen Lohnes festgehalten werde wie für gelernte Arbeiter. Auch Gewerbetreibende hätten leichten Grund das anzuerkennen, wo die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind bzw. feste Tarifgemeinschaften bestehen. Andererseits müsse von den Gehilfen etwas mehr Weiblichkeit verlangt werden; wenn erst der letzte eingezogen oder durch das Zivildienstgesetz fortgenommen sei, dann könne nicht erst mit dem Anlernen begonnen werden. Sollte jedoch zu beweisen sein, daß eine Firma wirklich ohne Not Antrag auf Zulassung anderweiter Arbeitskräfte gestellt habe, so sei der Weg einer Beschwerde an das Tarifamt geboten. Es wurde weiter verurteilt, daß in Prinzipals- und Zeitungverlegerkreisen verschärfte Bestrebungen im Gange wären, die auf unbeschränktes Einstellen von Ersatzkräften und geringere Bezahlung für dieselben hinauslaufen. Beides wollten nicht

einmal die Militärbehörden, bei denen leider durch eine gewisse Art der Aufklärung von bestimmten Interessen seit Jahr und Tag eine ganz falsche Auffassung erweckt worden sei. Das Buchdruckgewerbe werde stets individuelle Tätigkeit von seinen Arbeitern erfordern, Angelernte würden immer nur Nothelfer im wahren Sinne des Wortes bleiben. Das hätten auch Prinzipale zugegeben, die bereits Erfahrungen gemacht haben mit Angelernten. Die Erwartungen dürften also nicht hoch gespannt werden von der Prinzipalsität; es bleibe eben nur ein Nothelfer, was jetzt durch die lange Kriegsdauer eintreten solle. Ferner wurde entgegenstehender Meinung gegenüber ausgeführt, daß für den Gehilfenersatz, der für sämtliche beruflichen Zweige in Betracht komme, nicht alles bis ins kleinste geregelt werden könne; was sich aus den Erfahrungen heraus als notwendig erweise, könne geschehen zur gegebenen Zeit. Selbstverständlich sei es z. B., daß der Verantwortlichkeitsparagraf im Tarife für Maschinenmeister keine Beeinträchtigung durch die andersgearteten Umstände erfahre. Im weiteren fand auch Befassung, daß, wie die Genehmigungspflicht zur Einstellung von Ersatzkräften, auch der dem Tarifamt gegenüber auszustellende Revers zur Entlassung derselben nach dem Krieg aufrecht zu erhalten sei. Wie Staatssekretär Hellreich vor Wochen schon auf einer Konferenz zur Vorbereitung für die Übergangswirtschaft den Standpunkt vertreten habe, die Entlassung der für Männerarbeit verwendeten weiblichen und jugendlichen Personen werde nach Friedensschluß eine Hauptaufgabe der Regierung sein, so hätten auch militärische Stellen sich bereits im gleichen Sinn ausgesprochen. Daß bei dieser so schwierigen Materie die Ansichten manchmal auseinandergingen und Optimismus mit Pessimismus mitunter stark wechselten, ist begreiflich. Es fand aber ferner Befassung, daß es nicht in das Belieben einzelner gestellt sein könne, in den behandelten Fragen und Erfordernissen eigene Wege zu gehen. Das müsse selbstredend ebenso entschieden von den Prinzipalen verlangt werden, wo es an Eigenmächtigkeiten leider nicht fehle. Die Pflicht, dem von der obersten Tarifbehörde als Gebot der Zeit Erforderten zu genügen, bestehe für alle Angehörigen beider Teile. Es wurde ferner noch die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die Generalkommandos nun nicht mit einem Male die Beurteilungen von Buchdruckern zurückziehen, weil das unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein großer Schaden wäre für die Gehilfen und nicht zulezt für die Prinzipale.

Das Zivildienstgesetz war natürlich auch der Gegenstand eingehender Besprechung. Nach den bisherigen Verlautbarungen habe es gar nicht den Anschein, als ob den Buchdruck- bzw. dem Zeitungsgewerbe eine Ausnahmebestimmung eingeräumt werden würde. Es würden dadurch vielmehr weitere Arbeitskräfte genommen werden. Doch wie sich die gesamte Arbeiterkraft einschließlich der Angestellten, ja das ganze deutsche Volk, mit dieser Umwälzung abfinden müsse, um hoffentlich zu einem baldigen Friedensschlusse zu gelangen, so hätten auch wir das zu tun. Mit einer gewissen Keiserheit wurde die Mitteilung aufgenommen, daß ein paar Firmen geglaubt haben, sofort Gehilfen den Abtritt in andre Druckereien verwehren zu können, weil das Zivildienstgesetz dies nicht gestalte. Wenn jetzt noch viele Firmen in der Fachpresse Gehilfen suchen, könne es diesen nicht verboten werden, anderweit in unsern Gewerbe Stellen anzunehmen. Auf Anfragen wurde betont, daß Mitglieder unserer Organisation, die der Kriegsindustrie usw. überwiesen werden, dem Verbands weiter angehören. Es besteht eine Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften, daß Abtritte unter diesen Umständen nicht erfolgen dürfen. Die Zahlung der Beiträge erfolgt dann an die bisherige Mitgliedschaft weiter. Sollten ferner Kollegen gezwungen werden, in schlechter entlohnenden Gewerben oder Orten mit ungünstigen Lohnbedingungen Stellung nehmen zu müssen, so werde ein Ausgleich in der Bezahlung stattfinden müssen, wie die Regierung versprochen habe. Daß das Zivildienstgesetz eine neue Belastung für unsere Kassen durch die größere Unfallgefahr bringe, darüber war man sich klar. Wie nicht anders zu erwarten, gingen die Ansichten über die Wirkungen des Zivildienstgesetzes ebenfalls aus-

einander; es wurde aber auch zu großen Besürchungen entgegengetreten. Sei doch schon manche vor dem Kriege geübte Besürchung nicht in die Erscheinung getreten.

Zum Schlusse kamen wieder die mannigfaltigsten Angelegenheiten zur Sprache. Als erfreulich wurde konstatiert, daß, entgegengekehrt zu den Erfahrungen in mehreren anderen Organisationen, unsere Krieger das lebhafteste Interesse für den Verband an den Tag legen. Sogar früher Ausgetretene und jetzt aus dem Militärdienst Entlassene hätten sich zum Wiedereintritt gemeldet. Für die Kriegsbeschädigten, die zum Berufe zurückkehren, müßten unbedingt die Formulare so ausgefüllt werden, daß der Verbandsvorstand jeden Fall richtig beurteilen könne. Die Frage der Kriegsbeschädigten in bezug auf Ausbrecherhaltung der Mitgliedschaft bringt jedes Mal neue Momente, ebenso die der Beitragsentrichtung seitens der in unterschiedlichster Form Beurlaubten oder sonst ausweislich im Berufe wieder tätigen Militärpersonen. In ersterer Beziehung wurde wieder der prinzipielle Standpunkt betont, daß getrennte Beiträge nicht statthaft sind; in letzterer, daß in militärischen Verhältnisse Strebende keine Beiträge zu entrichten haben. Wer aber länger als vierzehn Tage beruflich tätig ist, hat Beitragszahlung zu leisten. Es konnten jedoch in solcher Abwandlung Fälle der gedachten Art vor, daß speziell darüber entschieden werden müßte. Sowohl aus Mitglieder- wie aus Prinzipalskreisen wurden noch unerfreuliche Vorkommnisse gemeldet, die entsprechend be- und verurteilt wurden. Auch der Zusammentritt des Tarifausschusses in wichtigen Angelegenheiten wurde gefordert und die Frage der Übergangswirtschaft in unserm Gewerbe kurz angeschnitten. Das von Paul Barthel herausgegebene Handbuch über die Kongresse der freien Gewerkschaften fand für die Funktionäre Empfehlung. Die Mitgliedschaften sollten es sich mindestens für ihre Bibliotheken zulegen. Vom Verlage sei ein Verkaufspreis von 2,80 Mk. eingeräumt worden, die Bestellungen müßten jedoch beim Verbandsvorstand ausgegeben werden.

Der Verbandsvorstand machte im Schlussworte zu dieser ad hoc zusammengetretenen Konferenz längere Ausführungen, die darin gipfelten, der Kollegen sich klar zu machen, daß, je verlässlicher wir den Notwendigkeiten der Zeit Rechnung tragen, um so eher auch die Schwierigkeiten überwunden werden können. Das Beispiel der Erklarung der Unternehmerorganisationen im allgemeinen müßte für uns ein Ansporn sein, den Verband ungeschwächt zu erhalten, um allen Anforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Mit klarem Bilde und mit dem besten Willen für das Ganze werde das erreicht werden. In der Hoffnung, daß der Friede doch endlich Wahrheit werden möge, ging die einen vollen Tag in Anspruch nehmende Konferenz auseinander.

□ □ Neue Ziele, neue Wege □ □

VI.

Eines der frühesten Kapitel behandelt Anna Pappitz (Berlin-Steglitz) im „Kampf gegen die öffentliche Unflirtlichkeit“. Erschreckend ist es, wieviel unflirtlicher Schaden dem Volkstörper durch die Prostitution und die damit im engen Zusammenhange stehende furchterliche aller Seuchen, die Syphilis, zugefügt wird. Sehr wahr und den Nagel auf den Kopf treffend sagt diese unermüdliche Vorkämpferin eines besseren Menschentums: „Wenn wir im Kampfe gegen die Prostitution die direkten Repressivmaßnahmen einer energischen strafrechtlichen Verfolgung der Vorhubsleistung und Ausübung, der Kuppel, des Substitutions usw. auch nicht entbehren können, wenn wir sogar strengere Schutzgesetze für Kinder und Jugendliche fordern, so müssen wir doch das Hauptgewicht stets auf die Förderung aller der sozialreformatorischen Maßregeln legen, die geeignet sind, das materielle und sittliche Niveau des gesamten Volkes zu heben.“

Eine Besserung der „Presse der Zukunft“ strebt Karl Severing, Schriftleiter der „Vielseher Volksmacht“, an. Wenn auch die „steinerne Rohmacht“ durch die ihr während des Krieges widerfahrene Behandlung wiederholt eine eigenartige Bewertung gefunden hat, sei doch ihr Einfluß auf weite Volkskreise niemals so deutlich hervorgetreten als in der Zeit vor und während des Kriegs — im guten, aber mehr noch im schlimmen Sinne. Er hält es mit der Aufgabe der Presse, ersichtlich auf das Volk zu wirken, sich untereinander, wenn in gewissen Ausdrücken — besonders der Mord- und Verleumdungen — vieler Zeitungen den niedrigsten Instanzen einzelner Kreise Stempel gesetzt werden. Aber auch die Achtung politischer Parteien und ihrer Zeitungen um ihrer Ziele willen sei zu vermerken. Selbstverständlich sei es, daß die Presse, soll sie ihre hohen Aufgaben im politischen und geistlichen Leben des neuen Deutschland ganz erfüllen, befreit werden muß von allen Fesseln, die ihr heute anhaften.

Ein Thema, das nach dem Kriege eines der wichtigsten und am meisten zu erörternden sein wird, sucht Georg Bernhard (Berlin) in einem Artikel: „Finanzwirtschaft im Deutschen Reich“, zu meistern. Die Bedeutung gerade dieser Frage legt dem Schreiber dieses nach, etwas ausführlicher darauf einzugehen. Im Jahre 1913 beliefen sich die gesamten Schulden des Reichs und

seiner Bundesstaaten auf rund 21 Milliarden Mark. Die Verzinsung und Tilgung dieser Schuld erforderte rund 957 Mill. Mk. Für den günstigsten Fall rechnet Bernhard nach Beendigung des Kriegs damit, daß der Schuldendienst des Reichs eine Ausgabe von 2250 Millionen (gegen 250 Millionen vor dem Kriege) erfordern wird. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß diese Schätzung sehr optimistisch ist, da schon die bisherigen Anleihen eine höhere Verzinsung erfordern und niemand im Ernst auf erhebliche Kriegsschadigungen selbst im besten Falle zu hoffen wagt. Aber woher nehmen? Daß ein solches Mehrerfordernis auf dem bisher üblichen Weg ausgebracht werden könnte, ist unwahrscheinlich. Um einer Regelung die Wege zu ebnen, fordert Bernhard eine gründliche Nachprüfung der Neuerteilung zwischen Reich und Bundesstaaten. Er hält es für zweckmäßig, wenn der alte Gedanke, die direkten Steuern der Bundesstaaten vorzubehalten, aufgegeben wird, und schlägt dafür vor, daß die direkten Steuern erhoben werden nach einer Grundlage und progressiv gestaffelten Zuschlägen. Davon soll die Grundrate dem Reich, die Zuschläge den Bundesstaaten zufließen. Steuerfrei sollen Einkommen bis mindestens 1200 Mk. bleiben. Den Vorschlag, daß Verbeiratete um eine Klasse niedriger eingeschätzt werden und außerdem eine weitere Ermäßigung des Steuerfußes um je eine Klasse bei jedem zu erhaltenden Kind eintritt, wird man, schon im Interesse der durch den Krieg bedingten Menschenökonomie, als vollst. berechtigt anerkennen. Auch das indirekte Abgabewesen wird eine durch- und weitergreifende Neugestaltung notwendig machen. Verstaatlichung der Rohstoffindustrie, Besteuerung der Ausfuhr wichtiger Rohstoffe und des Handels mit Kohle sind Gedanken, die überleiten zu Monopolen für die verschiedensten Bedarfsartikel: Petroleum, Spiritus, Zündhölzer, Tabak, Spielkarten, Versicherungen, Elektrizität, Zinnblechfabriken usw. Den Steuerfragen wird hier ein weites Feld gewiesen, auf dem sie ihre Finanzkünste spielen lassen können. Bitte nur noch zu wünschen, daß letzten Endes die Bedarfsdeckung ohne allzu große Belastung der Schultern des armen Mannes herbeigeführt werden wird.

Bei der bevorstehenden Neuordnung der Dinge an der „Kolonialpolitik“ achtslos vorübergehen zu wollen, hieß Vogel-Strauß-Politik freiden. Otto Käßlinger, Redakteur des „Berliner Tageblatts“, sagt darüber, daß nicht nur aus politischen und militärischen, sondern vor allem auch aus wirtschaftlichen Gründen — Rohstoffindustrie, Ausfuhr bearbeiteter Waren — Deutschlands Kolonialpolitik sich rechtfertige. Die zu diesem Behufe gemachten Ausführungen sind mindestens sehr bemerkenswert.

Zum Schlusse verbreitet sich Dr. Hagen (Berlin) über „Die auswärtige Politik nach dem Kriege“. Hierüber zu reden, ist zur Zeit ein sehr gewagtes Unternehmen. Das durch den Krieg geschaffene Chaos, das gegenwärtig undurchdringlicher als je ist, läßt eine einwandfreie Beurteilung des zukünftig einzutretenden Kurios jedenfalls nicht zu. Wenn in dem Artikel, der Hierauf 1916 geschrieben wurde, von einem mitteleuropäischen Bündnisystem gesprochen wird, in welchem Deutschland mit Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, aber auch mit Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und — Nummern koalierter erscheint, so ist in Rücksicht auf die jüngsten Ereignisse wohl kaum auf eine Verwirklichung dieses Gedankens zu hoffen. Immerhin sind die für eine solche Politik angeführten Gründe beachtenswert genug, um mit in den Kreis der Betrachtungen gezogen zu werden.

Für die „Zehnjährige“ eines Buches sind die hiermit abgeschlossenen Ausführungen etwas umfangreich ausgefallen. Trotzdem dürfte der dabei vorwiegende Gedanke, einen Komplex von Fragen, die in der nächsten Zeit im Vordergrund des Interesses aller stehen werden, auch den Lesern des „Korr.“ zur Beachtung zu unterbreiten, volle Würdigung finden. Vieles konnte erklärungsweise nur andeutungsweise wiedergegeben werden, doch ist hoffentlich auch damit schon der Zweck, anregend zu wirken nach jeder Richtung, erfüllt. Das eingehende Studium des in den meisten Fällen trotz der klebnar trockenen Materie sehr lesend geschriebenen Buches kann nur angelegentlich empfohlen werden.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Korrektoren.) In der Versammlung am 3. Dezember wurde beschlossen, in Rücksicht auf die jetzigen beschränkten Raumverhältnisse im „Korr.“ von einer Veranlassungsberichterstattung bis zur Wiederkehr regelmäßiger Verhältnisse Abstand zu nehmen. Infolge zu den Gaben einberufenen Mitglieder erfahren das Wichtigste aus dem Vereinsleben durch die neuorganisierte „Zehnjährige“ des Berliner Korrektorenvereins. Die am Orte befindlichen Mitglieder haben Gelegenheit und auch die Pflicht, sich durch regelmäßigen Versammlungsbesuch über die Vereinsangelegenheiten auf dem laufenden zu erhalten. Eine Ausnahme wird bei besonders wichtigen, weitere Kreise berührenden Vorkommnissen gemacht. — Die Jahreshauptversammlung findet am 28. Januar statt.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein. — Dezemberversammlung.) Kollege Braun widmete zunächst dem aus unserer Mitte gestiegenen Kollegen Willi Köttemann einen ehrenden Nachruf und gab wiederum von vielen Geldgähen unter Kollegen Kenntnis. Ferner wies der Vorsitzende auf die Bekanntmachung des Tarifamts hin, die uns nun die Inflation der Frauen im Gehaltsmaßstabe bekümmern werde. Nennenswerte Folgen hat die Bekanntmachung — soweit wir unterrichtet sind — bisher noch nicht gehabt. Wir wollen wünschen und

hoffen, daß es so bleiben möge. Das Zivildienstgesetz werde hoffentlich keinen großen Einfluß auf unsern Beruf ausüben, da ja die Buchdrucker bzw. die Presse zum Kriegsdienste gerechnet werden sollen. Sobann streifte der Vorsitzende einige interne Angelegenheiten, wobei er nicht verfehlte, das Verhalten einiger Kollegen ernstlich zu tadeln und sie auf den Weg von Ordnung und Disziplin zu verweisen. Steuerungsulagen wurden zum Teil bekanntgegeben. Bei mehreren Firmen schiffen die Kollegen recht gut ab, gab es doch Zulagen von 2 bis 8 Mk. wöchentlich und von 16 bis 20 Mk. monatlich, für Kinder 2 Mk. extra. Kollege Braun erwähnte sodann den Streik der Döschweizer Kollegen, denen wir besten Erfolg wünschen. Heftigkeit erregte das Gutachten eines Gewerbetarifs in Süddeutschland, der das Verlangen nach Petroleum zum Heizen des Gießtischs mit der Begründung ablehnte, daß Kohlen auch genügen müßten. Nächste Versammlung (Generalversammlung) am 7. Januar. Anträge auf Statutänderung müssen beim Vorstände 14 Tage vorher eingereicht sein. Hierauf referierte Kollege Wierath über „Die Maschinenfabrikerverhältnisse im Reich“. An Hand reichen Materials schilderte der Redner die Lage im Gewerbe. Die Bekanntmachung des Tarifamts sah er als den einzigen, wenn auch schmerzlichen Ausweg an, die augenblickliche traurige Situation zu messern. Vorher müßten jedoch alle anderen Hilfsquellen erschöpft sein, ehe die Prinzipale auf diesem letzten Mittel greifen. Den für die Maschinenfabriker im allgemeinen ungünstig ausgefallenen Steuerungsulagen noch einige Worte widmen, schloß der Referent mit einem Appell an die Kollegen, sich des Ernstes der Situation voll bewußt zu sein und Rücksichtlosigkeit und Vertrauen zu bewahren. Reicher Beifall bewies, daß man mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden war. Aufnahmen fanden sechs statt. — Nach dem allgemeinen Teile wurde „Technisches“ für alle Systeme gefordert, behandelt.

L. Bielefeld. (Maschinenfabriker-Bezirksverein.) Am 10. Dezember, nachmittags, hier abgehaltene vierte Quartalsversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden und Verlesung sowie Genehmigung des Protokolls über die vorige Versammlung wurde das Andenken des auf dem Felde der Ehre gefallenen Bielefelder Mitgliedes Hugo Bunte in der üblichen Weise gelehrt. Zwei Zirkulare der Maschinenfabrikervereinsvereine Gau Rheinland-Westfalen gelangten hierauf zur Verlesung. Seit der dritten Quartalsversammlung sind fünf Mitglieder zum Militär eingezogen worden. Gegenwärtig zählt unser Verein 59 Mitglieder, wovon sich 29 beim Militär befinden. Über 20 Grubschreiben aus dem Felde waren eingegangen. Der Kassenbericht pro drittes Quartal fand Genehmigung. Hierauf gab Vorsitzender Böcher unter Mitbenutzung eines Zirkulärs der Maschinenfabrikerzentral-Kommission einen ausführlichen Bericht über die Situation in unserm Berufe, woran sich eine längere Diskussion schloß. Auch bei der diesmaligen Steuerungsulage sind viele Maschinenfabriker im Bezirke leer ausgegangen, was als ungerecht bezeichnet wurde. Der Vorsitzende empfahl, dort, wo die Prinzipale dazu in der Lage sind, auf Grund der Leistungen eine Lohnzulage zu fordern. Eine Reihe technischer Angelegenheiten wurde besprochen. Unter Punkt „Berichtendes“ wurde u. a. die Frage erörtert, ob die Maschinenfabriker als Schwerarbeiter zu betrachten seien. Einige Bezirksvorsitzende haben sie als solche anerkannt, andre wieder, darunter auch Bielefeld, nicht, obwohl in der hier ergangenen diesbezüglichen Bekanntmachung mitgeteilt worden war, daß Arbeiter, die mit flüssigem Metall zu schaffen haben, als Schwerarbeiter anerkannt würden. Die Maschinenfabriker wurden hier abgelehnt, weil sie bei Ausübung ihrer Arbeit Hitz (H.) Die Stereotypen wurden aber als Schwerarbeiter anerkannt, dagegen die Maschinenmeister ebenfalls abgelehnt.

n. Bochum. Die vierte Bezirksversammlung fand am 22. November (Zusatz) in Recklinghausen statt. Sie war von 52 Kollegen besucht, und zwar waren aus den Orten Bochum 23, Recklinghausen 18, Hattingen 5, Ferne 3 und Datteln 3 Mitglieder erschienen. Nach Eröffnung und Begrüßung der Versammlung durch den Vorsitzenden Friedemann teilte derselbe mit, daß der Bezirk wieder neue Opfer des Weltkriegs zu beklagen hat; es sind dies die Kollegen Michael Sabotta, Theodor Mägoer, Ernst Krüßfeldt, Wilhelm Gallich, Jean Gulinski, Walter Hugo und Hermann Pögel. Ingesamt hat der Bezirk 26 Mitglieder durch den Krieg verloren. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser Kollegen. Der Mitgliedsbeitrag betrug am 30. September 1916 185, zum Vereinsbeitrag einberufen waren 258, wovon 24 wieder entlassen resp. beurlaubt sind. Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt und der Vorsitzende den Bericht über die Gau- resp. Bezirksvorsteherkonferenz erhalten hatte, wurde der Bericht über die Steuerungsulagenbewegung entgegengenommen. Im ein möglichst klares Bild über den Stand der Angelegenheit zu bekommen, hatte der Bezirksvorstand eine Statistik erhoben. Aus den eingegangenen 28 Fragebogen war ersichtlich, daß in den meisten Fällen die Mindestsätze durch entsprechende Zulagen überschritten sind. (Nachträglich hat auch die „Bochumer Volkszeitung“ die Richtlinien anerkannt und ihrem Personal ab 1. Oktober bewilligt.) An diejenigen Kollegen, welche noch nicht im Besitze der Steuerungsulagen sind, richtete der Vorsitzende die dringende Mahnung, sich wenigstens die unter den jetzigen Steuerungsverhältnissen so überaus geringe Entschädigung durch sofortiges Vorkaufwerden bei der Geschäftsführung zu verschaffen. Im Falle der Ergebnislosigkeit sind die tatsächlichen Entnahmen anzurufen. Des weiteren führte der Vorsitzende aus, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, in der jetzigen schweren Zeit auf dem Posten zu sein und sofort Mitteilung darüber zu machen, wenn augen-

schonlich eine Genehmigung des Tarifamts nicht nachgeschickt ist für tarifliche Ausnahmen. Wie im Vorjahre, so sollen auch in diesem Jahre die Frauen der eingesetzten Kollegen sowie die Kranken und invaliden Kollegen zu Weihnachten eine besondere Unterstützung erhalten. Auch die Kollegen im Felde werden wieder mit Paketen bedacht werden.

Buer i. W. In Nr. 141 wird unter Essen von hier berichtet, daß die Höherlohnenten ebenfalls eine Zulage erhalten haben. Das trifft nicht zu. Die Gehaltsleistung hier konnte bei einem ständigen Wochenverdienst von 60 bis 80 Mk. eine direkte Mollage der betreffenden Gehältern nicht anerkennen. Es wurden aber die Lehrlinge berücksichtigt. Also nicht die Höherlohnenten, sondern die Lehrlinge erhielten die Feuerungszulage.

Hamburg. (Maschinenfieber.) Ihre Monatsversammlung am 3. Dezember war sehr gut besucht. Mit nur einer Ausnahme waren alle in Betrieb befindlichen Maschinenfabrikationen Hamburg-Altonas durch ihren Vertrauensmann oder durch ein Mitglied vertreten. Kollege Pieczka begrüßte als Gäste die Kollegen Malchow (Berlin), Holm (Siles) und einige Urlauber und gedachte unfres Vereinsdichters, des in Rußland gebliebenen Kollegen Hensel. Grüße untrer Geldbraven kamen zur Verlesung. Ein Kollege wurde durch unser Zutun mit Erfolg aus dem Felde juridischiert. Innerne Angelegenheiten veranlaßten eine längere Aussprache. Die Vertrauensleute berichteten über die von den Maschinenfiebern nachgeforderte Feuerungszulage. Die kleineren Betriebe haben sich vorfeisthaft heron, während in einigen größeren Zeitungsunternehmen erst Schwierigkeiten zu überwinden waren; mit einem Falle wird sich noch das Tarifamt beschäftigen. Das „Technische“ hielt uns länger als sonst beilammen; es wurde über Hartmanns letzte Frage in den „Technischen Mitteilungen“ debattiert. Weiter lernten wir durch Kollegen Manneki an der Hand von Zeichnungen und Erläuterungen viele neue Patente aller Sechsmaschinenfabriken kennen. Die Monoline mit ihren Neuerungen dürfte nach dem Kriege wieder mehr Beachtung finden.

Magdeburg. Am 1. Dezember 1916 konnte die Firma R. Zacharias in Magdeburg-Neustadt auf ein 50-jähriges Bestehen zurückblicken. Das männliche Personal widmete der Firma eine künstlich hergestellte Adresse mit ihren Unterschriften. Von einer Feier wurde in Anbetracht der schweren Kriegszeit abgesehen. Der Chef der Firma, allseitig Verständnis für die Wüte seiner Arbeiter besitzend, überreichte ich schon vorher bestimmtes größeres Geldgeschenk an jeden seiner Angestellten. Wünschen wir, daß der aus kleinen Verhältnissen hervorgegangene Betrieb, der zu einer achtunggebietenden Größe gewachsen ist, sich zu immer größerer Blüte entfalten möge!

München. Der Mitinhaber der Buchdruckerei und Verlagsanstalt Karl Gerber in München, Herr Konradgeralt Hermann Gähler, eine in deutschen Buchdruckerkreisen wohlbekannte Persönlichkeit, konnte am 1. Dezember auf eine 25-jährige Tätigkeit in dieser Firma zurückblicken. Aus kleinen Anfängen heraus entwickelte sich das Geschäft unter seiner liebevollsten Leitung zum Großbetrieb, so daß vor dem Kriege etwa 200 Personen beschäftigt wurden. Ihre Verbandskollegen fanden mit ihren Wünschen stets verständige Würdigung, und mehrere soziale Einrichtungen im Betriebe wurden durch ihn geschaffen. Auch aus diesem Anlasse wurde das Personal durch die Ausbezahlung eines vollen Wochengehalts überreicht, was in dieser Zeit der allgemeinen Feuerung besonders angenehm empfunden und dankbarst anerkannt wurde.

München. Der Männergesangverein „Typographia“ München beging am 26. November 1916 sein vierzigstes Stiftungsfest (verbunden mit Ehrung für 25-jährige Mitgliedschaft der Kollegen Kraus, Schiele, Wachner und Nedelesheimer) im Rahmen einer einfachen, dem Ernste der Zeit entsprechenden Erinnerungsfeier. Der Verein, der es in Friedenszeiten wohl verstand, schöne, von kollegialem Geiste durchdrungene Feste zu veranstalten, hat bei Ausbruch des Kriegs seine Kunst und finanzielle Kraft in den Dienst der Wohltätigkeit gestellt und ein überragendes Resultat damit zu erzielen gewohnt. Durch die Vereinstafel, die zu einer Kriegskasse umgewandelt wurde, sind während des 27-monatigen Völkerrings rund 6700 Mk. an die Frauen, Kinder und Witwen der Mitglieder ausgezahlt worden. Gewiß eine hervorragende Leistung eines Gesangsvereins, die auch von einem schönen kollegialen Sinne zeugt, der die Mitglieder der „Typographia“ verbindet. Zweier Herren des Ausschusses sei besonders an dieser Stelle zu gedenken, die sich bei Kriegsausbruch in aufopferndster Weise in den Dienst der guten Sache stellten: in erster Linie Herr Ludwig Pitt, Ehrenvorsitzender des Vereins, und Herr Albert Rouvenhoff, Substitutmitglied und zweiter Kriegsvorsitzender. Des Dankes der Mitglieder und der vielen Frauen und Kinder des Vereins, denen durch die mildevolle Arbeit der beiden Genannten manche Sorge genommen wurde, dürfen wir versichert sein.

Dsnabrück. Sellen liest man in den Spalten des „Korr.“ etwas über Dsnabrück. Nun ist einmal etwas Mühseliges von hier zu berichten. Während bei der ersten Feuerungszulagenaktion nur die Hälfte der Richtlinien zu erreichen war, ist es nunmehr gelungen, den neuen Richtlinien Geltung zu verschaffen. Abgesehen von einigen Nichtschicklichen, sind jetzt die neuen Richtlinien voll und ganz zur Einführung gekommen.

Reichenbach i. W. Von vier am Orte noch Gehilfen beschäftigten Druckereien haben die zwei kleineren die erhöhten Richtlinien sofort bewilligt. Eine sogar etwas darüber. In den zwei größeren Druckereien ist die Ein-

führung der neuen Feuerungszulagen dagegen nicht so glatt vonstatten gegangen. Bei der Feuerungszulagenbewegung im April d. J. sind diese beiden Firmen mangels der nötigen Entschlossenheit der Gehilfen mit wesentlich niedrigeren Sätzen als die Richtlinien weggenommen. Auch diesmal verlusteten die in Frage kommenden Prinzipale ebenso zu fahren, trafen auch unter sich die Vereinbarung, nur 25 Proz. auf die bisher gezahlten Zulagen zu bewilligen. Jedoch diesmal bestand die Gehilfenschaft energisch auf ihrem Rechte, das Schiedsgericht wurde angerufen, und schließlich bezahlten beide Firmen doch noch auf gültlichen Wegen die neuen Sätze, so daß jetzt am Orte durchgängig die erhöhten Richtlinien eingeführt sind.

Trier. Nach der Rückkehr von der Reise hat der Chef der Firma Schaar & Dathe sein Einverständnis zur Zahlung der erhöhten Feuerungszulage gegeben. Die Paulinus-Druckerei hat am 1. Dezember für Oktober/November nachgezahlt. Die Trierer Druckereigesellschaft hatte schon vor Jahresfrist jedem Gehilfen 1 Mk. Vohnerhöhung wöchentlich als Feuerungszulage bewilligt; trotzdem wurden nachträglich beide Zulagen noch nachbewilligt.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eisene Kreuz: Hugo Deech (Berlin), Otto Jablinski (Braunsberg), Arthur Oberkirch und Albert Rogall (Bromberg), Walter Hinz (Buer), M. Meurers (Mülken), Ewald Kehlenbach (Eberfeld), R. Schröder (Stensburg), Adolf Engler (Graudenz), Herkel und Walter Schirmer (Leipzig), Rudolf Büdinger, Lorenz Kirmeier, Bartholomäus Maier und Theodor Merk (München), Joseph Kasberger und Karl Pfeiffer (Passau). Damit haben bis jetzt 2590 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Falsche Entzündung und leichtfertige Behauptungen. Der „Typograph“ hat das Bedürfnis empfunden, in 102 Zeilen dem „Korr.“ den Marsch zu bläsen. Nicht daß wir dem Bundesorgan dazu in gewerblichen Angelegenheiten Veranlassung geben hätten. Aber der von uns zweimal unter der für Ernährungsfragen geschaffenen Rubrik behandelte Fall Abel war dem „Typ.“ eine anscheinend willkommenen Gelegenheit, den „Korr.“ einmal wieder als Ausbund von Schlechtigkeit hinzustellen. Um das besser tun zu können, nahm er sich nur unsere erste Auslassung vor, wie es auch das christlich-gewerkschaftliche „Sentralblatt“ getan hat. Es wird uns sehr verüßelt, daß wir sagten, Dr. Müller und Adam Stegerwald hätten gleich Abel ihren Austritt aus dem Kriegsernährungsamt erklären sollen. Am leidet dabei der Gedanke, daß bei der großen Anzufriedenheit mit den Ergebnissen der Tätigkeit dieses Amtes — im Augenblicke, wo dies geschrieben wird, hat das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ aus sachkundiger Feder wiederum scharfe Kritik daran geübt — der Austritt von mehr Beiräten eine größere Wirkung ausgeübt haben würde. Die zwei Hindenburg-Briefe gingen im Grunde genommen ja an die Adresse des Kriegsernährungsamts, das der Widerstände aus der Landwirtschaft nicht Herr zu werden vermag. Stegerwald und Müller haben wir in keiner Weise dafür verantwortlich gemacht, haben auch nicht gesagt, daß sie vielleicht zu wenig getan hätten. Der „Typ.“ aber erklärt, der „Korr.“ hätte sich „in letzter Zeit mehr als einmal an dem Kollegen Stegerwald gerieben“, und meint, „gegen die fortgesetzte unmovierte Anrempel gegenüber Kollegen Stegerwald seitens des „Korr.“ müßte einmal ein Wort der Abwehr erfolgen. Es scheint fast, der „Korr.“ wolle „an dem Kollegen Stegerwald aus Gründen, die wohl mehr in der Vergangenheit zu suchen sind, sein Mitleiden kühlen“. Wäre das unsre Absicht gewesen, dann würde sich damals, als über das öffentliche Auftreten von Stegerwald und Müller diesen wohlgestimmte Kreise und Blätter sich sogar mitleidig aussprachen, eine günstige Situation geboten haben. Wir haben jedoch davon keine Notiz genommen. Wie unsere fortgesetzten Anrempelungen aussehen, darüber folgende Angaben: Zuerst bemerkten wir in Nr. 74, der Präsident des Kriegsernährungsamts, dem auch zwei Männer aus der Arbeiterbewegung zur Seite ständen, hätte noch gar nicht befriedigen können, weil der Karren vorher schon zu jeft gefahren war. Die genossenschaftliche Rubrik in Nr. 75 enthielt Worte der Genehmigung, daß Dr. Müller in das Kriegsernährungsamt berufen wurde. In Nr. 83 nahmen wir wieder von der Berufung der Genannten in sachlicher Weise Notiz und bemerkten nur, die paar Männer könnten auch nicht durchdringen; wenn sie sich dahingehend kräftig anstrengen, sollte es uns genügen. In Nr. 87 wiesen wir rein referierend auf Ausführungen Dr. Müllers in der „Kriegsernährungsamtlichen Rundschau“ hin; von Stegerwald wurde gesagt, er hätte in einer klüneren Vereinbarung zu vertragsmäßig von der Zukunft gesprochen. Dann kam die unter „Anklage“ stehende Marginalie zum Fall Abel in Nr. 137. Was ist in der Tat alles, was dem „Korr.“ „angekreidet“ worden kann! Die Behauptungen des „Typ.“ sind also direkt leichtfertig. Im übrigen haben wir es nicht notwendig gehabt, über den den Landwirten zum großen Teil innewohnenden Egoismus unsre Ansicht zu ändern, viele Blätter der christlichen Richtung aber haben das gründlich und mit sehr starken Worten getan.

Die Musikalienverleger gegen die Druckpreiserhöhung. Dem bereits gekennzeichneten Vorgehen des Deutschen Verlegervereins haben sich die Musikalienverleger angeschlossen. Sie wollen ebenfalls die Druckauftragserteilung einschränken. In ihrem Organ wird aber mit

dem Rate, das Hell nicht in den Großstadtbetrieben zu suchen, eine neue Note in diese „Abwehr“ gebracht. Das ist ein Schlag ins Wasser, nachdem jetzt auch die in größeren Provinzorten befindlichen Notenverleger — es kommt wohl nur Würzburg in Frage — gezwungen sind, die Erhöhung der Druckpreise als Pflicht aus der Zugehörigkeit zur Tarifgemeinschaft zu betrachten. Mit welcher Überhebung die Verleger auf ihre Drucker herabsehen, ergibt sich aus der Vorstandsbehaftung des Deutschen Musikalienverlegervereins, worin es u. a. heißt: „Es könne nicht zugegeben werden, daß ein notleidender Teil dem andern ohne vorherige Verständigung Lasten aufbürde, die einem feindlichen Überfall aufs Nahe gleichen. Das ist sehr klarer Tabak! Wenn die „Leipziger“ dazu sagt, dieses Spekulieren auf die Uneinigkeit der Buchdruckereibesitzer und der Ton, mit dem man zu ihnen glaubt sprechen zu können, müßte von nachschaltiger Wirkung sein als der ernfeste Mahnruf, der jemals den Prinzipalen zum Wohle des Gewerbes zugerufen wurde, so schließen auch wir uns dieser Erwartung an. Was von den Verlegersparten dem Buchdruck zugemutete Abhängigkeitsverhältnisse muß ja energilich Protest herausrufen!“

Vom Eisenbahnzug überfahren. Auf der Bahnstrecke nach Stephansdorf wurde der Sefer Joseph Heilig aus Neisse tot aufgefunden. Es wird vermutet, Heilig, der in letzter Zeit häufig Spuren von geistiger Störung zeigte, habe sich in einem solchen Anfälle von Haus entfernt, wäre in der Dunkelheit jedenfalls vom Weg abgekommen und auf das Bahngleis geraten. Da Heilig schwerhörig war, ist es wahrscheinlich, daß er das Herannahen eines Eisenbahnzuges nicht hörte, zur Seite geschleudert wurde und dadurch Verletzungen erlitt, die seinen Tod herbeiführten.

Tödlicher Unfall eines Druckereibesitzers. Der Prinzipal Karl Mischner in Berlin kam mit dem rechten Arm in das Getriebe einer Schnellpresse. Er mußte sofort in ein Krankenhaus verbracht werden, wo er drei Tage darauf der schweren Verletzung erlag.

Schwere Explosion. In der Kalkseefabrik Müntz in Stuttgart-Feuerbach ereignete sich am 9. Dezember gleich nach 10 Uhr vormittags eine heftige Explosion, die das ganze Gebäude zerstörte und mehrere Häuser in der Nachbarschaft gefährdete. Leider wurden auch acht beschäftigte Personen getötet und sechs schwer verletzt.

Sechzigjähriges Buchdruckerjubiläum. Der Sefer Karl Schröder in der Hauschildischen Offizin zu Bremen hat kürzlich auf eine sechzigjährige Tätigkeit als Buchdrucker zurückblicken können. Im Alter von 74 oder 75 Jahren noch am Kasten zu stehen, gehört zu den selteneren Fällen, goldene Buchdruckerjubiläen sind indes eine häufige Erscheinung.

Die griechische Zeitungskolonie in Görlich. Die Herstellung der schon mehrfach erwähnten Zeitung „Nea Toy Görlich“ für die in Görlich in freiwilliger Internierung sich befindenden Soldaten des vierten griechischen Armeekorps erfolgt durch fünf griechische Sefer, einen Steinbruder, zwei Griechen als Dolmetscher; außerdem sind zwei Griechen als Boten beschäftigt. Der eine von den zehn Griechen führt den deutschen Namen Rudolph Hoffmann. Die Aktiengesellschaft „Görlicher Nachrichten und Anzeiger“ als Herausgeberin hat eine besondere griechische Abteilung in ihrer Druckerei eingerichtet. Interessant ist, daß die Griechen dem Oberaktoren Grundmann kürzlich zu seinem 25-jährigen Tätigkeitsjubiläum bei genannter Firma eine Adresse in Griechisch und Deutsch überreichten, die von einer der früher verwendeten griechischen Einfassungen unrandet ist. Der Text hat einen Wortlaut, der in seinem Schwunge bemerkenswert ist und sympathisch berührt.

Erhöhung der Zeitungspauschale. Zu den in größerer Zahl schon gebrachten Veröffentlichungen über das von städtischen Körperchaften Zeitungserlegern gegenüber gezeigte Entgegenkommen, eine Erhöhung der Vergütung für die Aufnahme von amtlichen Bekanntmachungen eintreten zu lassen, weil bedeutend mehr Raum dafür in Anspruch genommen wird, können einige Ergänzungen nachgefragt werden. Die Zeitungen in Altpolda erhalten für 1915 und 1916 je 500 Mk. mehr. Dem „Preussischen Grenzboten“ in Lautenburg (Westpr.) wurde für 1916 die Pauschale von 120 auf 300 Mk. erhöht. Das „Weissenfeller Tageblatt“ erhält vom 1. April 1917 ab 2000 Mk. (bisher 1000).

Große Unterfuchung von Zeitungsgeldern. Ein abeltiger Oberpostinspektur in Leipzig hat als Leiter der Zeitungsstelle bei einem Postante von Anfang 1915 bis Juli 1916 von vereinnahmten 82818 Mk. Zeitungsgeldern 40826 Mk. zurückbehalten. Er versuchte durch unrichtige Eintragungen in Zeitungskassenbuche sowie durch falsche Abschüsse seine Unterfuchungen zu verdecken. In vier Fällen stelen ihm noch Befriediger an drei Amtskollegen zur Last, auch beging er eine Fälschung an einer Privaturkunde. Drei Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust sind seine Strafe.

Leisefage für die Gesellen- und Meisterprüfung von Kriegerbeschädigten. Die Berliner Handwerkskammer ist mit der Auffassung von solchen jedenfalls auch für andre Kammerbezirke dahin avresend vorgegangen. Die geltenden Vorschriften für das Lehrwesen sollen zwar aufrechterhalten werden, doch kann Verkürzung der Lehrdauer um ein Jahr stattfinden, wenn die Art der Beschädigung nicht eine besondere Erziehung bildet, ferner kann die Beschäftigung in einer Lazarettwerkstätte auf die Lehrzeit angerechnet werden. Ein- und Auschreibes- sowie Prüfungsgebühren dürfen nicht zur Erhebung gelangen. Auf das Gesellen- wie das Meistersstück kann verzichtet werden; in ersterer Hinsicht genügt eine Arbeitsprobe in

Gegenwart des Prüfungsausschusses. Die Meisterprüfung ist schon nach zwei Jahren praktischer Gehilfenfähigkeit zulässig, gegebenenfalls auch frühzeitiger. Es soll überhaupt mit dem größten Wohlwollen verfahren werden.

Des Reichskanzlers Antwort zur Frage der Arbeitervertretung bei der Übergangswirtschaft. Der von uns unlängst behandelten Eingabe der Gewerkschaftszentralen und der Angestelltenverbände ist von Herrn v. Bethmann Hollweg vorberhand nicht entsprochen worden. Zunächst sei die Versorgung der Industrie mit den dringendsten Rohstoffen die Hauptaufgabe der geschaffenen Reichsstelle. Die Übergangswirtschaft umfasse jedoch ein sehr viel weiteres Gebiet, an erster Stelle sei die Arbeiterfrage zu nennen. Ob nun hierfür eine besondere Organisation geschaffen werden müsse, lasse sich zur Zeit noch nicht übersehen. Wenn sich eine Notwendigkeit dazu ergebe, würden die Organisationen der Arbeiter und Angestellten zur Mitwirkung herangezogen werden. Die Hauptsache ist, daß diese Möglichkeit nicht Verkenntung findet.

Erkläret mir Graf Brindur-Batocki Aus Waltershausen in Thüringen wird vom 9. Dezember berichtet, daß diese Gemeinde wieder Salzheringe zur Verteilung brachte, und zwar zum Preise von 25 Pf. für drei Stück. In Leipzig gibt es jedoch überhaupt diese Kriegsdelikatessen nicht mehr; was man über die Preise der letzten Verkäufe hört, trauf man sich nicht zu glauben. In Berlin aber kann man für 85, 90 und 95 Pf. möglicherweise noch einen Salzhering zu kaufen bekommen. Rätst sich denn gar nichts machen, solche Zustände zu befeitigen?

Weitere Verfeinerung der Bleistifte. Der Verband der Bleistiftfabriken hat erschwerter Erzeugungsbedingungen und Rohrerhöhungen wegen den Kriegsausschlag von 25 auf 60 Proz. erhöht. Es kann jedoch für besondere Bleistiftarten über 60 Proz. hinausgegangen werden. Für bestimmte Blei-, Kopier- und Linsenstifte tritt eine Erhöhung von 10 auf 25 Proz. ein.

Gestorben.

In Chemnitz der Buchdruckereibesitzer Karl Wilhelm Bauer, 43 Jahre alt.
 In Dortmund der Buchdruckereibesitzer Karl Bitterberg, 57 Jahre alt.
 In Essen der Buchdruckereibesitzer Friedrich Janssen.
 In Frankfurt a. M. am 17. November der Geher Karl Lang aus Offenbach a. M., 52 Jahre alt — Herzschwäche; am 7. November der Geher Franz Köfer von dort, 50 Jahre alt.
 In Hildesheim am 12. November der Maschinenfeher Karl Zyguntowicz von dort, 27 Jahre alt — Lungenleiden.
 In Lübeck der Buchdruckereibesitzer Friedrich Werneburg, 85 Jahre alt.
 In München am 3. November der Druckerinvalide Hans Siller, 46 Jahre alt — Gehirnlähmung; am 13. November der Seherinvalide Joseph Stephan aus Altdorf, 60 Jahre alt.
 In Nürnberg am 16. November der Seherinvalide Joh. Wilhelm von dort, 61 Jahre alt.

In Stuttgart am 9. November der Buchdrucker Karl Sauerbeck von dort, 56 Jahre alt — Wasserlucht.
 In Trier am 11. November der Geher Friedrich Fischer von dort, 56 Jahre alt — Herzschlag.
 In Wien am 27. September der Geher Leopold Gröllner, 27 Jahre alt; am 28. Oktober der Geher Hugo Seiberl, 41 Jahre alt; am 2. November der Seherinvalide Joseph Brudiner, 86 Jahre alt; am 11. November der Geher Leopold Schober, 56 Jahre alt.

Briefkasten.

Th. G. in B.: Bedarf einiger Überlegung; Sie erhalten noch näheren Bescheid. — G. R. in B.: Freuen uns, daß Sie einverstanden sind, wie das Ding gedreht worden ist. — W. G. in M.: Sie haben am Orte zwei Stellen zur Befragung; wir können nicht für ganz Deutschland und die Schlingengräben den Ratgeber machen. — M. G. in S.: Das würde infolgeder der späteste Aufgabetermin sein, als gegenwärtig ein Brief von dort nach hier fast die Zeit einer Amerikareise in sich beanprucht. — O. A. in L.: 1. Zeitung erhalten. 2. Gegenleistung besteht da nicht. 3. Im übrigen wissen wir nicht recht, welche Briefkastennotiz gemeint ist, und den „Korr.“ wer weiß wie lange nachzublätern, haben wir keine Zeit. — Klopsholz: Fall also gut erledigt. Der „ehrenwerte“ Kollege wird im Auge behalten werden. — A. S. in B.: Ist eingegangen. — E. Stbh. in Berlin: 2,60 Mk. — R. M. in Pl.: 1. Allerdings älteren Datums (1910). 2. 2,40 Mk. Besten Dank und Gruß!

Zum Säbndewaschen:
„Ein Stück Krifit“
 Frei im Verkauf Preis 10 Pfennig

Zum Reinigen und Scheuern von Holz- und Metallfachen, Küchengeräten, Fußböden usw.

ein Paket Krifit Fuß-Soda
 Frei im Verkauf Preis 15 Pfennig

Henkel & Ko., Düsseldorf, auch Fabrikanten von Perfit und Henkels Reich-Soda

Tüchtige Werkfeher und Maschinenmeister
 finden bei uns dauernde Stellung. Feuerungszulage wird gewährt. Angabe über Militärverhältnis erbelen.
 Bierersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.). [225]

Tüchtige Maschinenmeister
 für Werk-, Platten-, Illustrations- oder Bumdruk, auch solche für Siegeldruck, für dauernde Stellung gesucht. [479]
 Seife & Becker, Leipzig, Eilenburger Straße 4/6.

Militärfreier, tüchtiger Geher
 in Akzidenz- und Inseratenfach durchaus firm, bei hohem Lohn für bald gesucht. [512]
 Biersche Druckerei G. m. b. H., Buer i. W.

Maschinenmeister
 flott und völlig selbständig an Schnellpresse und Siegel arbeitend, für sofort oder später gesucht.
 Carl Prifschow, Akzidenzdruckerei, Salte a. S., Bernburger Straße 28.

Tüchtiger Geher
 zu möglichst sofortigem Eintritt in Dauerstellung gesucht. [510]
 Buchdruckerei J. Pfeiffer, „Badische Volkszeitung“, Baden-Baden.

Buchdruckmaschinenmeister
 erfahren und selbständig, gegen guten Lohn in angenehme, dauernde Stellung sofort gesucht. Auch Kriegsbeschädigte können sich melden.
 Druckereigesellschaft m. b. H., Leipzig, Friedrich-Wilf-Straße 15 I.

Inseraten- und Linotypefeher
 sofort oder später gesucht. [460]
 „Allgemeine Zeitung“, Chemnitz.

Rotationsmaschinenmeister
 zum möglichst baldigen Eintritt suche einen durchaus selbständigen, erfahrenen [490]
 für 16seitige Frankenthaler, welcher auch die Stereotypie mit übernimmt, gegen guten Lohn.
 Ernst Marks, Mülheim (Rub).

Maschinenseher
 (Linotype), militärfrei, sucht sofort die [503]
 Buchdruckerei Rudolf Mosse, Berlin SW 19, Jerusalemmer Straße 46/49.

Schrieffeher Monotypgiefeher
 (auch ausschließweise)
Monotypeseher Buchdruck-Maschinenmeister
 (auch kriegsbeschädigte) flott sofort ein [509]
 G. Siwinna, Kalkowik (D.-Schl.).

Schweizerdegen
 erfahrener militärfreier [498]
 gesucht, welcher befähigt ist, einer Druckeri mittleren Umfanges vorzustehen. Sicherer Kalkulator, guter Papierkennner. Dauernde Stellung. Angabe mit Angabe bisheriger Tätigkeit, Zeugnisse und Ansprüchen an
 Buchdruckerei Elbert, Darmstadt.

Rotationsmaschinenmeister
 für Zeitung, militärfrei, sucht die [504]
 Buchdruckerei Rudolf Mosse, Berlin SW 19, Jerusalemmer Straße 46/49.

Schweizerdegen Maschinenmeister
 oder
Maschinenmeister
 der gelegentlich Platten ausgießt, in dauernde, angenehme Stellung gesucht. Lohn 48-50 Mk.
 „Köpenicker Tageblatt“, Köpenick-Berlin.

Tüchtige Maschinenmeister
 für Illustrations- oder auch Plattendruck suchen [474]
 Sallberg & Büchling, Leipzig, Täubchenweg 23.

Akzidenzfeher Werkfeher
Typograph- und Monotypeseher Maschinenmeister
 jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. [421]
Oscar Brandstetter
 Leipzig.

Stereotypenur
 für Kund und Glad gesucht. [459]
 „Allgemeine Zeitung“, Chemnitz.
Tüchtiger Galvanoplastiker
 mit allen vorhandenen Arbeiten vertraut, für dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn gesucht.
 Schriftsetzerei Glisch, Frankfurt a. M.

Tüchtige Maschinenmeister
 für dauernde Stellung gesucht. [392]
 Ernst Reits Nachf. (Aug. Scherl), G. m. b. H., Leipzig-Estferik.

Tüchtiger Maschinenmeister
Tüchtiger Akzidenzfeher
 gesucht. [428]
 C. Grumbach, Leipzig, Querstraße 14.

Adolf Abraham
 Wir werden dem lieben, braven Kollegen, der jederzeit bereit war, seine Kräfte in den Dienst der Organisation zu stellen, stets ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Kollegen der R. Schumacherschen Buchdruckerei, Berlin. [502]